



## Wir können gewinnen!

**Am 29. November kommt es zur Abstimmung über die «Sportstadt Züri». Ausgehend von unserer Initiative wird konkret über den «Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Initiative Sportstadt Zürich» abgestimmt. Auf in den Abstimmungskampf!**

Die Diskussion an der Jahresversammlung (JV) unserer Sektion am 20. Juni über das «Wie weiter?» mit unserer Initiative «Sportstadt Züri» war sehr engagiert und leidenschaftlich. Am Ende entschied sich doch eine klare Mehrheit dafür, unsere Initiative zurückzuziehen. Es war kein einfacher Entscheid, für den folgende Gründe ausschlaggebend waren:

1. Der vom Zürcher Gemeinderat beschlossene Gegenvorschlag entspricht weitgehend der Initiative. Zentrale Forderungen der Initiative wie der freie Eintritt in die Zürcher Badis für alle, sowie die Streichung der Gebühren für die Benutzung der Sportanlagen für Sportvereine wurden übernommen. Dies ist ein grosser Erfolg der Initiative und somit auch unserer Partei.

2. Die Tatsache, dass die Initiative und der Gegenvorschlag inhaltlich weitgehend gleich sind, hätte bei der Abstimmung womöglich zu Verwirrung und Ungewissheit geführt. Dies hätte sich negativ auf beide Vorlagen auswirken können.

3. Wir haben die Initiative nicht zum Selbstzweck lanciert und einge-

reicht, sondern um die Lebensqualität der Menschen, vor allem für jene mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen, zu erhöhen. Dieses Ziel kann nicht im Alleingang erreicht werden, sondern nur gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Parteien und Organisationen.

### Kampagne läuft

Der Gegenvorschlag im Gemeinderat kam dank dem Engagement und den Stimmen von AL, Grüne Partei und SP zustande. Er weicht von der Initiative bei der Frage des Zutritts in die Hallenbäder ab: Hier wollte die Initiative die gleiche Regelung wie für die Freibäder, sprich kostenlos für alle. Der Gegenvorschlag sieht hingegen Folgendes vor: Unentgeltlich für in der Stadt Zürich wohnhafte Kinder, Jugendliche und junge Er-

wachsene bis 20 Jahre, sowie Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Alles andere wurde im Gegenvorschlag von der Initiative übernommen.

Bereits vor den Sommerferien begannen wir mit unserer Kampagne begonnen, Plakate wurden geklebt und über 10 000 Flyer gesteckt und verteilt. Anfang September hat sich ein Komitee bestehend aus der PdAZ, SP, Grüne und AL gegründet und die gemeinsame Abstimmungskampagne in Angriff genommen hat. Überflüssig zu erwähnen, dass für die Monate Oktober und November der Abstimmungskampf unsere Hauptaktivität sein wird. Und das Schöne daran: Wir haben realistische Chancen, die Abstimmung zu gewinnen!

SIRO TORRESAN



# Lebhafte JV

**Es war eine äusserst kurzweilige Jahresversammlung (JV) unserer Sektion am 20. Juni. Genosse Harald Lukes wurde als politischer Sekretär bestätigt und über Visionen wurde auch diskutiert.**

Der Morgen der JV war der Diskussion über die Initiative und dem statutarischen Teil gewidmet. Über die Initiative wird auf Seite 1 berichtet, daher an dieser Stelle nur noch ganz kurz: Der Entscheid fiel nach einer sehr intensiven, teilweise kontrovers geführten und spannenden Diskussion, die gut eine Stunde dauerte. Der Sekretär Harald Lukes schloss das Traktandum mit den Worten ab: «Wir werden uns mit vollem Engagement dafür einsetzen, dass unsere Vorschläge von den Stadtzürcher\*innen angenommen werden».

## Grosses Engagement

Nach einer halbstündigen Pause, die nötig war, um die Köpfe zu lüften, stellte Genosse Harald einen sehr ausführlichen Jahresrückblick vor. Er unterstrich dabei die doch zahlreichen Aktivitäten und Aktionen, welche die PdAZ auf die Beine bringt. Natürlich läuft nicht immer alles rund, und Luft nach oben ist vorhanden, doch untätig war die Sektion wirklich bei Weitem nicht. Lukes bedankte sich dabei bei allen Genoss\*innen: «Ohne euren Einsatz und Engagements wäre von all dem, was ich euch jetzt vorgestellt habe, gar nichts möglich.»

Vorgestellte wurden der JV auch die bisherigen Ergebnisse, der im Parteivorstand laufenden Diskussion unter dem Titel «Strategie und Taktik». Bei den Wahlen für die Parteiinstanzen folgte die JV den Vorschlägen des Parteivorstands: Harald Lukes wurde einstimmig und mit verdientem Applaus als politischer Sekretär bestätigt. Alle bisherigen Mitglieder des Parteivorstands traten zur Wiederwahl an und wurden gewählt.

## Politische Bildung

Der zweite Teil der JV nach dem gemeinsamen Mittagessen stand ganz im Zeichen der politischen Bildung, und zwar mit Blick in die Zukunft. Vorbereitet und geleitet wurde der Anlass von G.P. «Ich stelle mir diese Veranstaltung als Denkweg vor, den wir gemeinsam beschreiten. Das praktische Ziel ist eine Vorstellung, wie eine politische Vision

aufgebaut werden kann, das inhaltliche Ziel ist die Einsicht, dass Arbeiter\*innen-Räte eine komplettere Form der Demokratie sind als die bürgerliche parlamentarische Demokratie», so hatte Pfister die Veranstaltung angekündigt und so verlief sie auch weitgehend. Es entstanden selbstverständlich eine Vielzahl von spannenden und kontroversen Debatten. Ein Kompliment geht an Pfister, der es immer schaffte, teilweise mit gekonnten Provokationen, die Diskussion im gesteckten Rahmen zu behalten. Es tat sichtlich allen gut, sich mal mit der Zukunft, mit Visionen, statt immer nur mit der Tagespolitik und den aktuellen Problemen auseinanderzusetzen. Ein



**Harald Lukes**

sehr gelungener zweiter Teil einer JV, an der es einem wirklich nie langweilig wurde.

# Was macht der

**Der PV tagte von Juni bis zum Zeitpunkt dieser Ausgabe der PdAZeit wöchentlich. Es gibt nix Spektakuläres zu berichten, was gar nicht schlecht ist.**

Es hat sich eine Art «Mischform» der Sitzungsart herauskristallisiert: Wer kann, kommt ins Seki, wer lieber von zuhause aus teilnehmen möchte, sei es wegen Corona oder aus Zeitgründen, schaltet sich per Videokonferenz zu.

Spektakuläres gibt es aus dem PV nichts zu erzählen – was in der Regel gar nicht so schlecht ist. Er befasste sich hauptsächlich mit der Organisation der Parteiaktivitäten und laufende, tagespolitische Geschäfte und Aktivitäten, wie etwa das Organisieren der MV, das Sammeln von Unterschriften und die Teilnahme am Lauf gegen Rassismus. Oder anders gesagt: Er tat jene Arbeit im Hintergrund, die eben nicht so sichtbar ist, aber ohne die, nix laufen würden.

Es gab aber auch ein grosses Gesprächsthema: das Projekt für das neue Seki, genauer dessen Struktur und natürlich dessen Finanzierung. Ehrgeiziges Ziel war es, innerhalb von knapp drei Wochen der MV vom 9. September ein realistisches Projekt vorzustellen. Dies ist dem PV gelungen (siehe auch Bericht über MV dazu). In Sachen aktuelles Seki an der Rotwandstrasse 65 kam es zur Schlichtungsverhandlung, an der Marco für die PdAZ teilnahm. Wir dürfen bis spätestens Ende März 2022 bleiben, danach ist definitiv Schluss.

Etwas eingeschlafen sind die Projekte wie zum Beispiel die Erstellung eines Bildungsordners oder die mittelfristigen und längerfristigen Zielsetzungen der Partei. Anfang Oktober gab sich der PV diesbezüglich einen Schups in den Hintern und packte beides wieder an.

Wir erinnern alle Genoss\*innen gerne daran, dass die PV-Sitzungen jeweils am Dienstag ab 19 Uhr stattfinden und für alle Mitglieder offen sind.

# Parteileben

**Es ist wirklich alles andere als einfach, in Zeiten der Pandemie Aktivitäten und Aktionen zu organisieren und durchzuführen. Aber wir wollen nicht klagen, denn untätig blieb unsere Sektion nicht.**

## Mitgliederversammlungen (MV)

### 7. September: Projekt neues Seki

Die erste MV nach den Sommerferien war gleich eine sehr wichtige: Das Projekt rund um das mögliche neue Sekretariat unserer Sektion wurde vorgestellt und diskutiert. Kurz zusammengefasst: Wir können womöglich eine Lokalität im Kreis 4 mieten, indem ein Teil davon als «Vereinslokal» im Sinne einer kleiner Bar, so al la Punto d'Incontro an der Josefstrasse. Der andere Teil der Lokalität wäre unser neues Seki. Da die Miete von 3000 Franken pro Monat für uns allein zu hoch ist, würden wir das «Vereinslokal» gemeinsam mit den türkischen Genoss\*innen der SYKP und der Vecchia Brigata, eine Fan-Gruppe des FCZ.

Da es wirklich nicht alltäglich ist, dass die PdA mit Fussballfans ein Projekt auf die Beine stellen will, hier ein paar Infos zur Vecchia Brigata: Es sind etwa 30 Personen (Frauen und Männer), von 18 bis 60 Jahren, verbunden durch eine grosse Leidenschaft: Den FCZ. Die Vecchia ist Teil der Zürcher Südkurve und dort engagiert, genauso aber auch beim FCZ-Museum. Im Januar 2020 war die Vecchia massgebend beteiligt an der Organisation und Durchführungen des Hallenturniers «Fussballfans gegen Homophobie» hier in Zürich (der vorwärts berichtete darüber). Genauso so selbstverständlich wie das Engagement gegen Homophobie ist der Antirassismus (Antifaschismus) innerhalb der Gruppe.

Zurück zur MV: Das Projekt wurde sehr begrüsst, da das Projekt einige neue Möglichkeiten für uns eröffnet. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass es mit einigem an Freiwilligenarbeit sowie Ausdauer verbunden ist und unsere Kräfte eh schon beschränkt sind. Die MV stimmte dem Projekt am Ende jedoch einstimmig zu.

Nun gut, wie ist der Stand der Dinge am 12. Oktober 2020: Wir haben das



**Brunch für Genossinnen am 14. Juni**

kleine Kunststück hingekriegt und haben fixe Zusagen für die Finanzierung des Projekts bekommen. Wir verzichten hier auf die Details, auch weil wir leider die definitive Zusage nicht bekommen haben. Es fanden verschiedene Gespräche mit dem Verwalter der Liegenschaft statt, bei denen unter anderem die nötigen baulichen Massnahmen besprochen wurden. Was uns fehlt, ist die Zusage der Besitzerinnen des Hauses, zwei Schwestern aus dem Kanton Graubünden. Wir warten gespannt...

### 5. Oktober: Sieg der Unidad Popular im Jahr 1970

An der MV im Oktober war Chile das Thema, denn vor im September vor 50 Jahren gewann Salvador Allende mit der linken Volksfront Unidad Popular die Wahlen. Drei Jahre später folgte dann der Putsch unter der Führung der CIA. Genosse René Lechleiter zeigte in seinem spannenden Vortrag auf, welche Kräfte und Umstände zum Sieg Allendes geführt haben. Er erwähnte aber auch die Schwierigkeiten und Widersprüche innerhalb der Unidad Popular und die Tatsache, dass imperialistische Kräfte von Beginn weg alles taten, um den Wahlsieg der linken Volksfront zu

verhindern. An dieser Stelle nochmals Danke an Genosse René für seine Ausführungen, die wie immer sehr fundiert waren.

Weiter wurde an dieser MV Genosse Marco Medici als Ersatzmitglied für das Zentralkomitees der PdAS gewählt.

### Brunch am 14. Juni für die Genossinnen

Der Frauen\*streik vom 2019 hat einen fixen Platz in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Dieses Jahr fiel der 14. Juni auf einen Sonntag. Die jungen Männer unserer Sektion organisierten für alle Genossinnen einen feinen Brunch. Dabei lasen zwei Genossinnen Texte aus dem Buch «Frauen\*streik 2019 – Das Buch» vor, das von der Verlagsgenossenschaft vorwärts herausgegeben wurde. Es wurde ein sehr schöner Anlass, an dem die so klassischen Rollenbilder mal ganz bewusst auf den Kopf gestellt wurde. Eine gute Erfahrung für alle – vor allem für die Jungs, die den Anlass durchgeführt haben und an denen der Dank geht. Kommentar einer Genossin zum Anlass: «Es spricht nichts dagegen, dass es auch im nächsten Jahr stattfindet.»

## Komm&iss

Wie so vieles konnte wegen der Corona-Pandemie auch das Komm&iss während Monaten nicht mehr stattfinden. Umso grösser war die Freude, als es dann wieder so weit war am 19. September, und zwar gleich mit einem ganz besonderen Anlass: Wir hatten die Freude und die Ehre, zur Feier des 75. Jahrestags der Unabhängigkeitserklärung der sozialistischen Republik Vietnams die Botschafterin in der Schweiz, Genossin Lê Linh Lan, sowie weitere Vertreter der Botschaft begrüssen zu dürfen. Anwesend war auch die vietnamesische Presse und so wurde in Vietnam über den Anlass in verschiedenen Tageszeitungen berichtet. Die Botschafterin bedankte sich in ihrer Rede herzlich für die Organisation des Anlasses, erzählte über die Aktualität ihres Landes und brachte der Partei als Geschenk gleich 1000 Anti-Covid-Masken mit, die in Vietnam produziert wurden. Nicht fehlen durfte an einem Abend Vietnam die Ausführungen von Genossin Anjuska Weil, die seit Jahrzehnte Solidaritätsarbeit für Vietnam leistet. Kurz auf den Punkt gebracht: Es war ein sehr gut gelungener Abend, an dem über 40 Personen teilgenommen haben.

## Demos

Nach dem Lockdown war es bekanntlich mit Einschränkungen wieder möglich, Demonstrationen durchzuführen. Die erste, an der Aktivist\*innen unserer Sektion teilnahmen, fand am 13. Juni statt unter dem Slogan «Nein zu Rassismus».

Gut drei Wochen später waren wir auf den Strassen Zürichs mit über 10 000 anderen Menschen und skandierten laut: «Black lives matter». Es war eine beeindruckende Demo, vor allem weil so viele Person of Color (PoC) demonstrierten. Erstaunlich war es, weil sie leider an sonstigen Demos gegen Rassismus nicht so zahlreich erscheinen. Dies ist keine Kritik, viele mehr sollte es uns in die gesamte Linke zur Frage führen: Warum kommen diese Menschen sonst nicht an die Demos?

Eine ganz wichtige Demo fand am 10. September statt: «Moria brennt! Evakuiert JETZT!» Das Drama auf Moria zeigte wieder mal sehr eindrücklich, wie unmenschlich die Ausgrenzungspolitik der EU ist. Dagegen zu protestieren, ist



Das PdA-Team am Lauf gegen Rassismus

ein Muss! Nach der Demo solidarisierten wir uns mit der Aktion der Gruppe Ni una menos!

Schliesslich nahm unsere Sektion am 26. September an der Demo «Kinderbetreuung am Limit». Gemeinsam mit gut 1000 Personen forderten auch wir bessere Arbeitsverhältnisse in den Kitas.

## Referendum gegen Nationalitätenennung

Es geht darum, dass die Polizei in ihren Mitteilungen die Nationalität zwingend zu nennen hat. Die SVP fordert in ihrer Initiative: «Bei Informationen gegenüber der Öffentlichkeit, namentlich in Medienmitteilungen und an Medienkonferenzen, werden bei Tätern, Tatverdächtigen und Opfern Alter, Geschlecht und alle Nationalitäten bekannt gegeben. Ein Migrationshintergrund wird auf Anfrage bekannt gegeben, soweit die Information verfügbar ist.» Der Kantonsrat hat einen Gegenvorschlag erarbeitet, der ziemlich identisch ist.

Gegen den Gegenvorschlag haben die Juso und die Jungen Grünen das Referendum ergriffen. Wegen des Lockdowns musste die Unterschriftensammlung unterbrochen werden. Danach wurde es knapp, aber es kam zustande. Unsere Sektion hat mit rund 200 Unterschriften dazu beigetragen. Zur Abstimmung kommen werden nun

die Initiative, die leider reelle Chancen hat, und der Gegenvorschlag. Genosse Marco Medici vertritt uns im Referendumskomitee.

## Lauf gegen Rassismus

Sportlich-solidarisch wurde es am Sonntag, 22. September, als ein PdA-Taem am traditionellen «Lauf gegen Rassismus» auf der Bäckeranlage im Zürcher Kreis 4 teilnahm. Fünf Genoss\*innen rannten und schwitzen 50 Minuten lang für eine sehr gute Sache, denn pro Runde wurden sie «gesponsort» und die Einnahmen fliessen in die Kasse der Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (Spaz). Die Teilnahme der PdA blieb nicht unbemerkt, auch weil ein Flyer gegen den Rassismus verteilt wurde. Ein herzliches Dankeschön an die Läufer\*innen und ihren anwesenden Fans für diesen sehr gut gelungenen Auftritt der Partei.

## Bildungsgruppe (BG)

Die Bildungsgruppe ist – wenn man so will – die Nachfolge der BG PAT. Ab Mitte Oktober begann ein neuer Leseszyklus und zwar mit dem Klassiker von Lenin «Was tun?» Die BG trifft sich alle zwei Wochen jeweils am Montagabend. Alle sind herzlich eingeladen, besondere Vorkenntnisse braucht es dabei nicht.

# Genosse Nationalrat

**In der Sommer- sowie Herbstsession thematisierte der PdA-Nationalrat Denis de la Reussille auslandpolitische Themen. Ein Überblick über seine Interventionen.**

Die beiden Interpellationen des Genossen in der Sommersession standen ganz im Zeichen der internationalen Solidarität. In seiner Interpellation zur Türkei hielt Denis unter anderem fest, dass «Präsident Recep Tayyip Erdogan durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise nutzt, um Minderheiten und politische Gegnerinnen und Gegner brutal zu unterdrücken.»

Er erinnerte daran, dass am 15. Mai vier demokratisch gewählte Bürgermeister ihres Amtes enthoben und von der islamisch-konservativen Regierung ohne gerichtliches Urteil mit Funktionären ersetzt. Schliesslich wurde vor ein paar Tagen zwei kurdischen Abgeordneten ihr Mandat entzogen; danach wurden sie verhaftet. Er ersuchte den Bundesrat, von der türkischen Regierung die Freilassung aller gewählten Bürgermeister und Abgeordneten zu fordern, Und er fragte unter anderem, ob die Regierung gedenke, «Schritte zugunsten der Demokratie in der Türkei zu unternehmen» und «wirtschaftliche Massnahmen gegen das jetzige diktatorische Regime zu ergreifen?»

## Kriegsplan ablehnen

Beim US-Administration ausgeheckte und von Israel angenommene «Friedensplan» handle es sich faktisch um eine «Kriegserklärung an das palästinensische Volk», erklärte der PdA-Nationalrat in seiner Interpellation zu Palästina.

Denn letztlich sieht der sogenannte Friedensplan die Annexion des Jordantals und der «legalen» israelischen Siedlungen vor, die jedoch nur «in israelischen und amerikanischen Köpfen als legal gelten.» Er fragte den Bundesrat, ob er gedenke «beim UNO-Sicherheitsrat vorstellig zu werden, damit dieser diese faktische Kriegserklärung verurteilt?» bevor es zu spät ist?»

## Stopp Palmöl

In der Herbstsession ergriff Denis das Wort bezüglich die Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien, konkret in der Debatte über



das Eintreten auf Standesinitiativen der Kantone Jura und Bern, die auf ein Verbot von Palmöl abzielten. «In den letzten Jahren hat die Palmölproduktion in Malaysia und Indonesien massiv zugenommen. Mit der Ausdehnung des Freihandels würde sie weiter wachsen und zusätzliches Land benötigen, wahrscheinlich in der Grössenordnung von Millionen von Hektaren. Die Auswirkungen dieser Produktion auf die Umwelt und die lokale Bevölkerung sind schlichtweg katastrophal», erklärte de la Reussille. Zum Schluss unterstrich der Genosse die Wichtigkeit der hiesigen Produktion: «Mit einem Wert von rund 70 Millionen Franken ist die Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl von grosser Bedeutung für den primären Sektor unseres Landes - die Landwirtschaft - und für die Verarbeitungsbetriebe.» Er sprach sich dafür aus, auf die Standesinitiativen einzutreten. Der Rat lehnte mit den Stimmen der Bürgerlichen jedoch ab.

## US-Piraterie

Weiter thematisierte Denis die US-Aussenpolitik. In der sogenannten

Fragerunde an den Bundesrat hielt er folgende, international bekannte Tatsache fest: «Die USA haben kürzlich in einem wahrhaftigen Akt von Piraterie ein iranisches Schiff durchsucht, das Erdöl nach Venezuela transportierte. Zugleich hat die US-Regierung angekündigt, dass sie die auf dem Öltanker befindenden Rohstoffe zu ihren Gunsten konfisziert.» Und Genosse Denis stellte die Frage: «Kann der Bundesrat sagen, ob er eine solche Aktion die auf keiner Entscheidung der UNO oder einer anderen internationalen Organisation gründet gutheisst oder verurteilt?» Geantwortet hat ihm Bundesrat Cassis in seiner Funktion als Bundesrat. Er wimmelte ab mit der Begründung, der Regierung lägen keine detaillierten Informationen vor, um sich ein genaues Bild zu machen.

## Zwei-Klassen-Justiz?

Die verbrecherische Politik der USA war auch Thema in einer Interpellation von de la Reussille an den Bundesrat: «Der US-Präsident D. Trump hat ein Dekret unterschrieben, mit dem er wirtschaftliche Sanktionen ge-

gen die Chefanklägerin und die Richterinnen und Richter des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) androht, sollten diese gegen amerikanische Soldat\*innen und Funktionär\*innen wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan ermitteln», hielt Denis fest. Die Fakten sind bekannt: Seit dem Eingreifen der US-Armee in Afghanistan sind Hunderte von unschuldigen Kindern, Frauen\*, Männern\* und alten Menschen bei Luftschlägen und weiteren Aktionen der sogenannten «chirurgi-

schen Kriegsführung» getötet worden. Genosse Denis hält daher zurecht fest: «Es ist, gelinde gesagt, angebracht, dass eine internationale Gerichtsbarkeit diese Ereignisse untersucht. So fragt de la Reussille den Bundesrat, ob er bereit sei, «solche Drohungen gegen die Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Gerichtsbarkeit aufs Schärfste zu verurteilen?» Die Interpellation wird mit einer Frage abgeschlossen, die mehr als nur reine Rhetorik ist: «Ist der Bundesrat tatsächlich

der Meinung, dass es einer Zwei-Klassen-Justiz bedarf, eine für die Armen und Schwachen und eine für die Reichen und Mächtigen?»

## Vorbereitungstreffen für den PdAS-Parteitag 2021

**An einem geradezu idyllischen Ort, mitten in den Rebbergen, oberhalb von Martigny, traf sich eine Gruppe von 15 Genoss\*innen aus allen Sektionen der Westschweiz, einer Vertreterin aus Bern und einem Vertreter aus Zürich, um sich Gedanken zu machen über den Zustand der Partei im Vorfeld des nationalen Parteitages der PdAS im Jahre 2021.**

Ziel dieses Treffen war die Analyse der Situation, in der sich die Partei im Moment befindet. Auch sollten Lösungen erarbeitet werden, die die nötigen Veränderungen in unserer Partei herbeiführen.

Erstes Ziel muss sicherlich die Stärkung der nationalen Einheit der Partei sein. Die Leitung der Partei muss in der Lage sein, den kantonalen Sektionen und den Genoss\*innen die erforderlichen Impulse zu erbringen. Ein Tessiner Genosse referierte über die Notwendigkeit, eine ideologische und politische Einheit herzustellen. Er berief sich dabei auf die Klassiker (Marx und Lenin) Ein

Genosse aus der Waadt initiierte eine notwendige Selbstkritik, damit aus den Fehlern der Partei in den vergangenen Jahrzehnten etwas gelernt werden kann. So wurde zu viel Energie in Gemeinschaftsaktionen wie «A Gauche toute» gesteckt, ebenso in die Organisation der Anti G8 Aktionen, aber die Partei erschien als solche nicht nach aussen.

### **Wir brauchen ein Partei, die besser funktioniert**

Eine einheitliche Linie der Partei muss definiert werden, unsere Sprache muss unserem Zielpublikum angepasst werden. Immerhin sind wir die einzige linke Partei links von SP und Grünen, die auf nationaler Ebene funktioniert, als solche soll man sich auch darstellen. Man sollte sich hüten vor extremistischen, linken Positionen. Schliesslich braucht die Partei ein einheitliches Erscheinungsbild auf nationaler Ebene, das von allen Kantonssektionen übernommen wird. Ein einheitlicher Kommunikationsstil ist anzustreben, mit einer marxistischen Botschaft, aber mit der Wortwahl von heute.

Die Partei soll sich nicht zu sehr auf Wahlen fixieren und einen Weg finden, der uns weg von marginalisierenden Aktionen führt. Diese Thesen wurden breit diskutiert. Diese Diskussionen sollen dazu führen, dass klar wird, welche konkreten Themen dem Parteitag von 2021

vorgeschlagen werden. Die Diskussion bringt die Erkenntnis, dass wir eine zu schwache nationale Partei haben, dass kaum je über Strategien gesprochen wird, dass wir zwar für die Mitglieder etwas Schulung anbieten könne, dass es aber keine Kaderschulung gibt. Und: Es gibt vieles zu verbessern, begonnen bei der Präsenz an den Sitzungen des Zentralkomitees bis hin zu einer klaren Aufgabenverteilung innerhalb der PL.

### **Erhöhung der Löhne**

Anschliessend wurde eine lange Analyse der aktuellen Corona bedingten Krise sowie der generellen Krise des internationalen Kapitalismus besprochen. Sie zeichnet ein sehr düsteres Bild der aktuellen Situation, vielleicht ein zu düsteres. Das Papier braucht eine Überarbeitung. Aber wir brauchen es jetzt, nicht erst in sechs Monaten oder in einem Jahr!

In Arbeitsgruppen wurden dann nationale Aktionen imaginiert, wie Reduktion der Arbeitszeit auf 35 Stunden, Kampf gegen die Entlassungen als Folge der Krise und die Wohnungsnot, sowie Neuverteilung des Reichtums durch die Erhöhung der Saläre.

Schliesslich wurde vereinbart, dass die Gruppe sich am 27. Februar 2021 wieder trifft.

# Was sagt die PdAS

**Die Parteileitung hat eine Reihe von Stellungnahme zu nationalen und internationalen Themen veröffentlicht. Hier eine Zusammenfassung im Sinne eines Rückblicks. Die Texte in voller Länge sind auf [www.pda.ch](http://www.pda.ch) zu lesen.**

## Nein zur Weiterführung der Operation Swisscoy in Kosovo

Am 4. Juni hat der Nationalrat beschlossen, den Swisscoy-Einsatz im Kosovo bis Ende 2023 zu verlängern, sowie den Bestand der Armeeangehörigen von bisher 165 auf 195 zu erhöhen. Die PdAS lehnt diesen Entscheid kategorisch ab. Die Operation Swisscoy ist Teil der Kosovo-Truppe, kurz KFOR, die von der Nato eingesetzt und kommandiert wird. Diese direkte Zusammenarbeit mit dem westlichen Militärbündnis steht im krassen Widerspruch zur angeblichen Neutralität der Schweiz. 5. JUNI

## Wir Frauen\* kämpfen weiter

«Schluss mit dem Patriarchat, Schluss mit der Ungleichheit, Schluss mit der Gewalt an Frauen!» Am 14. Juni 2020 werden die Frauen\* in der ganzen Schweiz erneut für ihre Rechte und Würde kämpfen. Der historische Frauen\*streik vor einem Jahr hat die Schweiz für immer geprägt. Jedoch hat er noch nicht zu den Veränderungen geführt, die wir nachdrücklich gefordert haben. Die Folgen der Pandemie und die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise werden die Frauen\* der Arbeiterklasse hart treffen. Wir Frauen\* müssen das Recht erobern, Protagonistinnen im sozialen und politischen Leben des Landes zu werden, indem wir bis zum Ende der Gewalt, bis zur sozialen und politischen Gleichberechtigung weiterkämpfen.

14. JUNI

## Friedensnobelpreis die kubanische Brigaden Henry Reeve

Während unsere Länder egoistisch fochten, zum Beispiel um Masken zu bekommen oder nicht, setzte die sozialistische Insel Kuba wieder einmal ein Beispiel dafür, dass eine andere Welt möglich ist. Sie hat den Slogan «Teilen, was wir haben» mit Leben er-

füllt und ihr medizinisches Fachpersonal dorthin geschickt, wo es gebraucht wurde. Die medizinischen Brigaden Henry Reeve wurden 2005 gegründet. Ihre Ärzte sind darauf spezialisiert, in Katastrophen- oder Epidemiesituationen zu helfen. Die PdAS dankt Kuba für sein Beispiel und unterstützt die Forderung nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die kubanischen medizinischen Brigaden,

15. JUNI

## Nein zur Teilprivatisierung von Postfinance

Am 5. Juni kündigte der Bundesrat an, Postfinance teilweise privatisieren zu wollen. Die Parteileitung der PdAS hat sich an ihrer Sitzung vom 13. Juni entschieden gegen das Vorhaben der Landesregierung ausgesprochen.

Das Vorhaben des Bundesrats, Postfinance zu privatisieren, wirft schon lange seine Schatten voraus: 2012 wurde das Finanzinstitut eine Aktiengesellschaft, vorerst im Besitz der staatlichen Schweizerischen Post. 2013 bekam sie eine Banklizenz; 2017 wurde die Staatsgarantie auf ihre Einlagen aufgehoben. Der weitere Schritt in dieser Entwicklung ist die Teilprivatisierung. Es liegt auf der Hand, was dann folgen

soll und wird. Wir sagen daher: Wehrt den Anfängen.

16. JUNI

## Schutzmasken müssen kostenlos an die Bevölkerung verteilt werden!

Die PdAS fordert, dass mit der Pflicht im öffentlichen Verkehr (sowie in einzelnen Kantonen in den Läden) Schutzmasken zu tragen, diese auch kostenlos an die Bevölkerung verteilt werden. Folgende Hauptgründe sprechen dafür:

- Selbst in der reichen Schweiz gibt es viele Menschen, für die zusätzliche finanzielle Belastungen, egal in welcher Höhe diese ausfallen, vor erheblichen Problemen stellt.

- Die von der Pandemie ausgelöste Krise trifft die Arbeiter\*innen sehr stark. Tausende haben ihre Arbeit verloren oder mussten in Kurzarbeit gehen, was zu einer Lohneinbusse führte. Ihnen die Masken kostenlos zur Verfügung zu stellen, wäre ein Zeichen der Solidarität und des Respekts gewesen.

- Für die Wirtschaft wurden praktisch über Nacht 57 Milliarden Franken zur Verfügung gestellt. der Bundesrat auch deswegen in der Pflicht, das be-



nötige Material für die Umsetzung der Schutzmassnahmen kostenlos der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

4. JULI

### Nein zur SVP-Begrenzungsinitiative

Die PdAS lehnt die Begrenzungsinitiative der SVP entschieden ab: Erstens, weil sie eine fremdenfeindliche Migrationspolitik zum Ziel hat. Zweitens bietet sie keinerlei Lösungen für die Probleme der Arbeiter\*innen in der Schweiz. Gleichzeitig unterscheidet sich unser Nein zu jenem der Mehrheit der weiteren Gegner\*innen der Initiative, da die PdAS diese bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU ablehnt und in Opposition zur EU steht. Wir sagen es klar und deutlich: Unser Nein zur Initiative ist kein Ja zu diesen bilateralen Verträgen. Diese Abkommen begünstigen nur die Arbeitgeber\*innen, die von einem liberalisierten Markt ohne Rechte für die Arbeiter\*innen profitieren. Somit kommen diese Abkommen in keiner Weise den Arbeiter\*innen, seien sie einheimische oder ausländische, zugute.

31. AUGUST

### Vietnam: 75 Jahre Unabhängigkeit

Am 2. September 1945 verkündete Ho Chi Minh die Grundsätze der demokratischen Republik Vietnams mit den Worten: «Wir sind der Ansicht, dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von Geburt einige unverbrüchliche Rechte mitbringen, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und Glück.». Die Parteileitung hat mit einem Schreiben an die Bootschaft in der Schweiz zum 75. Jahrestag der Unabhängigkeit gratuliert.

2. SEPTEMBER

### Die Schweiz muss jetzt handeln

Das Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist in der Nacht von Dienstag, 8. September, auf Mittwoch abgebrannt. Rund 13000 Menschen lebten in dem Camp, das eine offizielle Kapazität für nur 2757 Menschen hat. Die schrecklichen Bilder der Zerstörung und Verwüstung gingen um die ganze Welt. «Die Schweiz beruht sich immer auf ihre humanitäre Tradition. Jetzt muss sie Taten den Worten folgen lassen», sagt Gavriel Pinson, Präsident der PdAS. «Wir fordern Wir fordern den Bundesrat, in Absprache



mit den Kantonen sofort möglichst viele Geflüchteten aus dem Camp Moria in die Schweiz aufzunehmen», erklärt Pinson. Weiter muss die Schweiz das gleiche Vorgehen von der EU mit Nachdruck fordern.

10. SEPTEMBER 2020

### Abstimmung vom 27. September

Die PdAS ist mit den Abstimmungsergebnissen sehr zufrieden, da diese weitgehend den Empfehlungen von linken Parteien und Organisationen entsprechen, was sich beim Vaterschaftsurlaub und bei der Kinderbetreuung gut gezeigt hat. Sehr erfreut ist die PdAS über das deutliche Nein zur Initiative der SVP, die unter anderem einen direkten Angriff auf die Arbeiter\*innen darstellte. Enttäuscht ist die PdAS über das äusserst knappe Ja für den Kauf von neuen Kampfjets – gerade mal 8000 Stimmen gaben den Ausschlag dafür. Unbestritten bleibt, die sechs Milliarden Franken viel sinnvoller hätten eingesetzt werden müssen.

27. SEPTEMBER

### Die PdAS unterstützt das Referendum gegen das CO2-Gesetz

Das von den Räten verabschiedete CO2-Gesetz zielt nicht auf eine Wende ab, um den Klimanotstand grundlegend zu

bekämpfen. Das Parlament schlägt eine Strafökologie mit einer liberalen Vision vor, die auf individueller Verantwortung und unsozialen Steuern basiert. Wir sind gegen diese Form der Ökologie, die nur die bereite Bevölkerung und die Arbeiter\*innen bestraft, ohne die wirklichen Umweltsünder\*innen zur Kasse zu bitten.

5. OKTOBER

### Erneute Repressionswelle in der Türkei

Die PdAS verfolgt mit grosser Besorgnis die Entwicklung nach der erneuten Welle der Repression in der Türkei. Am 25. September wurde gegen 82 Politiker\*innen Haftbefehle erlassen. 17 Personen wurden bereits verhaftet, gegen die Anderen läuft nach wie vor die Fahndung. Darunter sind zahlreiche Parteimitglieder der prokurdischen HDP (Demokratische Partei der Völker) und der SYKP (Partei der Sozialistischen Wiedergründung). Die PdAS spricht den Gefangenen und den Beschuldigten, ihren Familien und den betroffenen Parteien und Organisationen ihre Solidarität aus. Sie fordert den Bundesrat, dazu auf, sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei konkreter einzusetzen. Weiter sind unverzüglich sämtliche Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

7. OKTOBER 2020

## Aus den PdAS-Gremien

**Das Zentralkomitee (ZK) traf sich am 27. Juni und am 19. September jeweils in Bern in der Casa d'Italia. Die Sitzungen wurden auch über Videokonferenz übertragen, wobei es leider zu Schwierigkeiten mit der Technik kam. Die Parteileitung (PL) befasste sich unter anderem mit der Zukunft der Partei.**

An beiden Sitzungen befasste sich das ZK mit der Frage, ob und zu welchem Thema die PdAS eine längerfristige Kampagne lancieren soll. Das ZK im Juni diskutierte lange über die möglichen Themen. Grundsätzlich begrüsst das ZK den Vorschlag der PL einer Kampagne und gab ihr den Auftrag, die Idee konkreter auszuarbeiten.

Aus dem Treffen in Wallis (siehe Bericht dazu auf Seite 6) ergaben sich vier übergreifende Themen für eine mögliche Kampagne: 1. das Wohnen; 2. die Frage der Entlassungen (im Zusammenhang mit der Coronakrise); 3. Die 35-Stunden-Woche; 4. Lohnerhöhung.

Über das Treffen wurde an der ZK-Sitzung vom September ausführlich informiert. Es wurde eine Arbeitsgruppe «Wohnen» gegründet, welche für die ZK-Sitzung von Ende November erste Vorschläge und Ideen entwerfen soll.

### Referendum gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz

Das zweite grosse Thema, mit dem sich das ZK befasste, war das CO<sub>2</sub>-Gesetz. An der Sitzung im Juni informierte der junge Genosse Zakkaria aus der Sektion VD, dass die Klimajugend darüber diskutierte, das Referendum zu ergreifen, falls in der Herbstsession der Räte keine wesentlichen Verbesserungen an der Vorlage angebracht würden. Die Mehrheit des ZK sprach sich im gleichen Sinne aus, heisst: Ohne Verbesserungen würde ein eventuelles Referendum unterstützt werden.

An der ZK-Sitzung vom September war dann klar, dass das CO<sub>2</sub>-Gesetz

zu wenig weit gehen würde. Die Unterstützung des Referendums wurde beschlossen, das von nicht von der ganzen Bewegung der Klimajugend, sondern nur von einzelnen Regionen ergriffen wurde.

Nach aussen wurde dieser Beschluss mit einer ausführlichen Stellungnahme kommuniziert, welche die im ZK diskutierten Gründe für das Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz gut zusammenfasst. Sie beginnt mit der Feststellung: «Dieses Gesetz zielt nicht auf eine Wende ab, um den Klimanotstand grundlegend zu bekämpfen. Das Parlament schlägt eine Strafökologie mit einer liberalen Vision vor, die auf individueller Verantwortung und unsozialen Steuern basiert. Wir sind gegen diese Form der Ökologie, die nur die bereite Bevölkerung und die Arbeiter\*innen bestraft.» Und als einer der Hauptgründe wird festgehalten: «Die grossen Umweltverschmutzer\*innen wie die multinationalen Konzerne, die Finanzwelt mit ihren Investitionen in fossilen Brennstoffen, sowie der Lebensstil

der reichsten Menschen werden nicht angegriffen. Dies ist jedoch zwingend für eine nachhaltige Umweltpolitik.»

### Erste Auslegeordnung

Die Frage rund um die Kampagne und das CO<sub>2</sub>-Gesetz haben auch die Parteileitung hauptsächlich beschäftigt. Die Sitzungen finden weiterhin monatlich und über Videokonferenz statt. Ein weiteres Thema war die Zukunft der Partei, etwas genauer: Die Vorbereitung des Parteitags 2021 und somit auch das Vorbereitungstreffen, das im August im Wallis stattfand.

Die Zukunft der Partei ist ein Thema, das viele verschiedenen Komponenten und Aspekte auf diversen Ebenen hat, die aber auch einen Zusammenhang haben. So kann man die Diskussionen in der PL im Moment als erste grössere Auslegeordnung definieren. Der Kongress, der am Wochenende vom 6. und 7. November 2021 stattfinden wird, sowie die Kampagne werden die PL auch in nächster Zukunft stark beschäftigen.



# Abstimmungsempfehlungen für den 29. November 2020

**Herr und Frau Schweizerin sind Ende November wieder aufgefordert, ihre Meinung an der Urne kundzutun. Auf nationaler Ebene kommen zwei linke Anliegen zur Abstimmung, die eine reelle Chance haben, was Seltenheitswert hat. In der Stadt Zürich sticht unsere Sportstadt Züri raus, die mit zwei weiteren Vorlagen vors Volk kommt. Eine Übersicht.**



## Eidgenössische Volksabstimmung

VOLKSINITIATIVE VOM 10. OKTOBER 2016 «FÜR VERANTWORTUNGSVOLLE UNTERNEHMEN – ZUM SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT»: KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE

Die Initiative wird von etwa 120 Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen getragen. Sie will Konzerne, die ihren Hauptsitz in der Schweiz haben, verpflichten, bei ihren Tochtergesellschaften im Süden darauf zu achten, dass Menschenrechte nicht verletzt werden und dass keine Umweltschäden angereicht werden. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und von Umweltschäden können in der Schweiz gegen den verantwortlichen Konzern klagen. Die Beweislast liegt allerdings bei den Klagenden. Dies bedeutet auch, dass Schweizer Richter\*innen nicht in den Ländern des Südens ermitteln müssen, da die Klagenden ja ihre eingeklagten Schäden beweisen müssen. Klar ist auch im Initiativtext geregelt, dass nur Firmen im Süden, die vom Schweizer Konzern kontrolliert werden, eingeklagt werden können, wobei die

Kontrolle über eine Firma auch wirtschaftlicher Art sein kann.

Falsch ist die Aussage der Wirtschaftslobby, dass auch Kleinbetriebe, also KMUs betroffen seien, ebenfalls falsch ist die Aussage, dass auch Zulieferer betroffen wären. Bei der Definition, welsche fundamentale Rechte Konzerne auch im Ausland zu respektieren haben, orientiert sich die Initiative hauptsächlich an den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Gefordert wird also eine Selbstverständlichkeit.

Die PdA engagiert sich für faire Verhältnisse, in der Schweiz und auf der ganzen Welt, es ist deshalb klar, wir Sagen zur Initiative JA!

VOLKSINITIATIVE VOM 21. JUNI 2018 «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»

Die Initiative verlangt ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Der Nationalbank, Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt. Untersagt ist also die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen, der Erwerb von Aktien und Obligationen, der Erwerb von Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder

strukturierten Produkten. Dies gilt immer dann, wenn ein Unternehmen mehr als 5 Prozent seines Umsatzes mit Kriegsmaterialproduktion erzielt. Zusätzlich hat sich der Bund dafür einzusetzen, dass auf nationaler und internationaler Ebene für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Eine ethisch vertretbare Haltung bei der Anlage unserer Pensionskassenguthaben ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen nicht, dass zur Finanzierung unserer Altersrenten Blutopfer erbracht werden, dass Menschen sterben müssen. Die Gegner der Initiative argumentieren, diese würde der Schweizer Wirtschaft schaden. Diese Kreise sehen nur ihren Umsatz (und natürlich hauptsächlich ihren Gewinn!). Man kennt dies aus der Diskussion über Verbote von Waffenexporte. Hier hat das bürgerliche Parlament in letzter Zeit sogar eine Aufweichung der Exportrestriktionen beschlossen. Für uns ist es klar, wir unterstützen diese Initiative auch im Namen der Menschlichkeit und sagen deshalb klar JA!

## Kantonale Volksabstimmung

Es liegen im Kanton Zürich keine kantonalen Vorlagen vor

## Abstimmungen Stadt Zürich

«GEGENVORSCHLAG DES GEMEINDERATES ZUR VOLKSINITIATIVE «SPORTSTADT ZÜRICH» (DIE VOLKSINITIATIVE «SPORTSTADT ZÜRICH» IST ZURÜCKGEZOGEN WORDEN.»

Natürlich JA und: Wir können gewinnen!

FÖRDERUNG VON TANZ UND THEATER, RAHMENKREDIT KONZEPTFÖRDERUNG, ERHÖHUNG BEITRÄGE AN KO-PRIONSINSTITUTIONEN

Zentrales Element der neuen Kulturpolitik der Stadt wird die Konzeptförderung. Mit dieser werden Tanz- und Theaterinstitutionen sowie Künstler\*innen der Freien Szene über mehrere Jahre aufgrund der von ihnen eingereichten Konzepte gefördert. Über die Konzeptförderung werden Förderbeiträge mit verschiedenen Laufzeiten gesprochen. Für dieses neue Instrument der Kulturförderung hat der Gemeinderat einen Rahmenkredit in der Höhe von jährlich 6,5 Millionen Franken gutgeheissen. Die Einführung der Konzeptförderung ist auf 12 Jahre, also zwei Vergabeperioden, begrenzt. Daneben sollen Ko-Produktionsinstitutionen wie das Theater der Roten Fabrik und die Gessnerallee höhere Beiträge erhalten und damit die Freie Szene fördern. Wir sagen JA!

ÖFFENTLICHER GESTALTUNGSPLAN  
«THURGAUERSTRASSE TEILGEBIETE A UND C-F WOHNEN/GEWERBE»  
ZÜRICH SEEBACH, (VOLKSREFERENDUM)

Gegen die Stimmen von AL, Grünen und EVP hat der Gemeinderat am 27. Februar den Gestaltungsplan für die Überbauung des städtischen Areals Thurgauerstrasse West genehmigt. Die unterlegenen Parteien kämpfen für eine städtebauliche Alternative und unterstützten das Referendum der Interessengemeinschaft Grubenacker. Die Stadt Zürich braucht dringend gute Beispiele für die Nutzung der letzten Baulandreserven. Der städtische Gestaltungsplan für das Areal an der Thurgauerstrasse ist ein Eckpfeiler in der Verdichtungsplanung der Stadt und Aushängeschild für die Umsetzung ihrer wohnpolitischen Ziele. Hier kann Zürich zeigen, wie klimaneutrale Stadtentwicklung geht. Statt diese Chance zu nutzen, genehmigen der Stadt- und Gemeinderat einen Gestaltungsplan, der

städtebauliche Ideen aus den 1970er Jahren umsetzen will. Über 200 Einwendungen von Anwohner\*innen und Verbänden, mühsame Beratungen in der Hochbaukommission und im Gemeinderat haben deutlich gezeigt, dass niemand wirklich zufrieden ist mit dieser Planung. Das Resultat sind zahlreiche Detailanpassungen (Pflasterlipolitik).

Angesichts dieser unerfreulichen Situation haben AnwohnerInnen mit Unterstützung des Stadtplaners Jürg Sulzer ein Konzept mitgestaltet. Es ermöglicht die rasche Realisierung von rund 700 Wohnungen auf dem Areal und – im Gegensatz zum städtischen Gestaltungsplan – von langfristig zahlreichen zusätzlichen Wohnungen durch sorgfältige Nachverdichtung der bestehenden Siedlung. Die moderate Ausnutzung ermöglicht zahlreiche kleine Treffpunkte wie die Grubenacker-Piazza. Bestehende Wege und Strukturen werden weiterentwickelt. Sie schaffen Orientierung und Identität. Das Referendum der IG Grubenacker ist zu Stande gekommen. Deshalb kommt es jetzt zu einer Volksabstimmung.

Wird das Referendum gutgeheissen, so müsste die Stadt ein neues Projekt ausarbeiten, das sich auf den Vorschlag der AG Grubenacker stützt. Dieser scheint städtebaulich wertvoller, da er sich besser in die gebaute Umgebung integrieren lässt. Er wird nicht weniger und nicht teurere Wohnung bringen.

Wir unterstützen das Referendum und empfehlen daher ein NEIN!



## PdAgenda

### Parteileitung der PdAS

DIE SITZUNGEN FINDEN IN DER REGEL ÜBER VIDEOKONFERENZ STATT.

SAMSTAG, 17. OKTOBER

SAMSTAG, 21. NOVEMBER

SAMSTAG, 12. DEZEMBER

### Zentralkomitee PdAS

DIE SITZUNG STEHT ALLEN MITGLIEDERN DER PARTEI OFFEN.

SAMSTAG, 28. NOVEMBER, 10.30 UHR, CASA D'ITALIA, BERN

### Parteivortstand der PdAZ

JEDEN DIENSTAG, 19.00 UHR, IM SEKI UND VIDEOKONFERENZ

### Mitgliederversammlung

MONTAG, 2. NOVEMBER, 19.00 UHR

THEMA: CHINA

MONTAG, 7. DEZEMBER, 19.00 UHR

THEMA: GENERATIONENTREFFEN DER PDAZ

### Komm & Iss (K&I)

MONTAG, 16. NOVEMBER AB 18.30 UHR, MOZAIK, 8004 ZÜRICH

### Bildungsgruppe

MONTAG, 26. OKTOBER

MONTAG, 9. NOVEMBER

MONTAG, 23. NOVEMBER

MONTAG, 7. DEZEMBER

### Seki an der Rotwandstr. 65

IST IN DER REGEL JEWEILS AM MONTAG UND DIENSTAG AB 10.30 UHR BESETZT. ZUR SICHERHEIT BITTE KURZ ANRUFEN

044 241 77 22.

DANKE.

---

### Impressum

Herausgeber:  
Vorstand der Partei der Arbeit  
Zürich, Postfach, 8036 Zürich  
pdaz@pda.ch  
pdazuerich.ch

Auflage: 150



**GEGEN DIE GROSSEN  
GEBÜHREN, DIE SICH GEGEN  
DIE KLEINEN RICHTEN!**

**SPORTVEREINE FÖRDERN?**

**JA ZUR SPORTSTADT ZÜRI!**

**Abstimmung über die Förderung des  
Sports in einer solidarischen und  
gesunden Stadt Züri!**



- 1 INFORMIEREN
- 2 WEITERSAGEN
- 3 ABSTIMMEN